

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Dresdner Nachrichten
Buchdruckerei: Sammelnummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 2001.

Bezugs-Gebühr für täglich zweimalige Auflage über durch die Post
Die einzelpreis 20 men breite Seite 5.— M. Bei Sonntagsausgabe, Einzelne oder
Schriften u. Abdrucke aus der Tageszeitung, Umsatzes bis zu 25% von Sonntagsausgabe und
Zahl. Ausgaben, Wochentage gegen Sonntagsausgabe, Einzelpreis d. Sonntagsausgabe 1.— M.

Geschäftsführung und Sonntagsausgabe:
Marktstraße 38/40.
Druck u. Verlag von August & Heidolph in Dresden.
Postleitzahl 1066 Dresden.

PIANOS
Weltmarke.

Wolfframm

Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

FLÜGEL
Weltmarke.

Die Liquidierung von Genua.

Die Grundlinien der Haager Russen-Konferenz.

(Signer-Dreieckbericht der Dresdner Nachrichten.)
Genoa, 15. Mai. Die Konferenz in Genua läuft noch acht Tage dauernd. Die Engländer wollen am Donnerstag nach einer Woche von Genua abreisen. Heute vormittag ist die polnische Unterkommission zusammengetreten. Vorgestellt ihrer Beobachter durch das Ergebnis der bereits seither gemeldeten Versprechungen seien. Danach würden die Alliierten und Neutralen zum 15. Juni bereitstehen nach dem Haag zu entscheiden. Die Beobachter würden dann erklären, ob sich ihre Negociationen zu Sachverständigen-Beratungen über die russische Frage beteiligen wollen. Die große Mehrheit dieser Beobachter wird, wie man annimmt, zulassen. Kommissionen an einzelnen, und zwar für drei Stagen: Kredite, Schulden, Privatgegenwart.

Die Sachverständigen beginnen ihre Arbeiten am 26. Juni und müssen sie bis spätestens 26. September beendet haben.

Dann tritt die Vollkonferenz im Haag wieder zusammen und beschließt über den Bericht der Sachverständigen. An der Sachverständigenkommission im Haag werden die Deutschen und Russen nicht beteiligt sein; doch wird ein russischer Sachverständiger aus Russland gleichzeitig im Haag zusammengetreten und zu Abschlüssen bereitstehen. Endlich sind alle in der Sachverständigenkommission vertretenen Mächte vier Monate lang verpflichtet, mit Russland kein politisches Abkommen oder Staatsverträge abzuschließen. Nur einzelne Handelsvereinbarungen mehr privaten Charakters sollen erlaubt sein. Für die gleichen vier Monate sollen alle beratenden Mächte und Russland an eine provisorische Waffenruhe und gezielte Gewerkspeziifierung gebunden sein.

Damit wird der englische Vorschlag wegen eines Friedenspaktes vorläufig zurückgeworfen. Die Russen haben, wie verlautet, nichts gegen den provisorischen Friedenspakt, aber sie weigern sich, die Haager Kommissionen anzuerkennen, wenn sie nicht darin vertreten sind.

Eine russische Note ist in de facto überreicht worden, in der gegen den Abschluss Russlands Verwahrung eingelegt und die Einberufung einer Versammlung der Genua-Konferenz verlangt wird.

Derneur heißt es, daß Amerika als Bedingung für seine Teilnahme an der Haager Konferenz verlangen will, daß die Beratung der Russenfrage von Anfang an begonnen werde, doch sowohl der deutsch-russische Vertrag von Rapallo wie auch der zwischen Russland, Polen und Litauen geschlossene Vertrag von Riga und alle anderen vorbereiteten Sonderabkommen mit Russland annulliert werden. Dagegen sollen alle Mächte, also auch die Deutschen, an den Beratungen im Haag teilnehmen.

Berlin, 15. Mai. Wie der "B. A." aus Genua meldet wird, wird die legale Volljährigkeit der Konferenz für Mittwoch vorgesehen. In dieser Sitzung sollte die wirtschaftliche Kommission über ihre Tätigkeit berichten. Die Schlussfassung könnte aber noch eine Verschiebung für den Donnerstag erfordern, je nachdem die Versprechungen mit den Russen ihren Fortgang nehmen.

Aufrollung des ganzen Reparations-Problems in Paris?

London, 15. Mai. Bei der Teilnahme Morgans im Interimsausschuß der Wiedergutmachungskommission heißt es in amerikanischen Kreisen, daß die Frage der Anleihe ebenfalls zur Folge haben werde, daß das ganze Reparationsproblem revidiert werden müsse, um das Programm einer Anleihe politisch zu sichern. Dieses Programm könnte unmöglich fertiggestellt werden, solange deutsche Verpflichtungen und die Art und Weise, wie sie erfüllt werden müssen, nicht endgültig festgestellt seien.

Die Generalselektionswahlen in Frankreich.

Berlin, 15. Mai. Gestern fanden in Paris und allen Departements, mit Ausnahme des Seine-Departements und Algerien, die Wahlen für die Hälfte der Generalselectoren und für die Hälfte der Arrondissementsräte statt. Im ganzen teilten sich nach einer Davao-Auszählung, 1491 Generalselectoren zur Wahl, darunter vier Mitglieder der Regierung, nämlich der Ministerpräsident Poincaré, der Kolonialminister Sarraut, der Verfassungsrechtsminister Trocque und der Minister des Inneren Montrouze.

Ein Zeitungsverleger aus Pierstein ausgewiesen

Frankfurt, 15. Mai. Die "Frankl. Zeit." meldet aus Pierstein: Die Interalliierte Kommission hat den Zeitungsverleger Battreiter, den Eigentümer der "Piersteiner Zeit", aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen, da er der französischen Propaganda verdächtigt wird. In der Begehung steht es, Battreiter sei wiederholte wegen Besiegung gegen die Verordnungen der Rheinlandskommission bestraft worden und habe in seiner Zeitung Artikel gegen Frankreich veröffentlicht. (B. A.)

Wiesbaden, 15. Mai. Fortgesetzt laufen sich die Ausländer hier an. So gingen im vorigen Monat allein 80 Häuser und Villen in den Besitz von ausländischen Kaufmännern über.

Die Haltung Frankreichs.

Paris, 14. Mai. Wie der "Levée" mitteilt, wird die französische Regierung unter keinen Umständen beitreten, daß die Russen verhandeln soll, was während der Dauer der Verhandlungen der Sachverständigenkommission jeden Augenblick auf ihre Nachbarschaft zu entfallen. Das Blatt schreibt: Den Nachbarstaaten Russlands steht es frei, die Sachverständigenkommission zu treffen, die sie für nötig erachten. Wenn sie glauben, ihre Sicherheit durch ein Abkommen mit der Sovjetregierung erhöhen zu können, so wird Frankreich nicht die Verantwortung übernehmen, ihnen davon abzuraten. Die französische Regierung aber ist jedenfalls unter keinen Umständen in der Lage, unter einer derartigen Abmachung ihre Unterstift zu liegen. Sie steht durch die Erfahrungen dazu veranlaßt. Beleicht durch die jüngste Annahme der Polenkönige, muß die französische Regierung es ablehnen, mit den Sowjets zu verhandeln oder gar Verträge abzuschließen. Sie wird dem Abkommen selbst ebenso den vorbereitenden Verhandlungen

Oberschlesische Bandenkämpfe.

Polnische Volksfeinde in Ratibor. — Das Treiben in der Niederrepublik Antonienhütte. — Die Unfähigkeit der Franzosen.

Von unserem oberösterreichischen Mitarbeiter.

Gleiwitz, 11. Mai. In dem deutsch bleibenden Teile Oberschlesiens erfreut sich das Polenium der größten Zubringung. Nebenbei werden neue polnische Vereine gegründet, niemand hört die Polen. Die vorgelöschten Verbrennen an Oberschlesiern polnischer Siedlungen dürfen gerettet werden als Seltenheiten und vereinzelte Erscheinungen bezogen werden. Wer wohl sich die Polen in Deutsch-Oberschlesien fühlen, kann täglich ein Bild in die Tageszeitungen lehnen, in denen es nur Interesse, und zwar außerordentlich zahlreich, gibt, wonach jemand eine Wohnung von Ost-Oberschlesiern nach West-Oberschlesien zu tauschen sucht, niemals aber umgekehrt. Vorselige Polen, die aus dem deutsch bleibenden Teile des Landes nach Polnisch-Oberschlesien ziehen, lassen sich außer der Wohnung in Tauschmengen noch Abfindungen zahlen, die eine Höhe bis zu 20.000 M. erreichen! Durch die planmäßige Arbeit der Polen in Deutsch-Oberschlesien bilden sich Gehirne heraus, die schon heute die größte Beachtung erfordern. Es sei hier nur erwähnt, daß bei den geistigen Betriebsverwaltungen der Städte von Eisenbahn-Hauptwerkstatt in dem deutschen Städte von Eisenbahn fünf den Polen zufallen! Der polnische Nationalismus wird nicht wenig gehoben dadurch, daß nach den ersten in Oppeln geführten Übergriffeverbänden schon jetzt polnische Beamte in alle Verwaltungszweige Ost-Oberschlesiens eintreten sollen, um sich einzuarbeiten, obwohl selbst polnische Führer der Meinung sind, daß die Übergabe des Landes an Deutschland bzw. Polen vielleicht auch im Juni noch nicht erfolgen wird...

Ein ganz anderes Bild wie West-Oberschlesien bietet der Polen aufs andere Blatt des Landes. In einzelnen Blättern des Reiches ist so etwas erschienen wie ein "Prolet" gegen "alte Alarmschläge aus Oberschlesien". Dabei wurde gelautet, daß die Lage der oberösterreichischen Deutschen so düster geworden und daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien entsetzt würden. Eine derartige Sicht ist ungetreue der tatsächlichen Vorgänge in Oberschlesien höchst bedenklich, weil sie das schwer leidende Deutschland Oberschlesiens erwidert. Außerdem ist es absurd, daß man ihre Klagen unrichtig und als Verfälschungen ihrer Seiten unterschreibt. Es ist nun einmal richtig, daß die Polen kämpfe in Ost-Oberschlesien in einem erstaunlichen Maße ausüben. Da die unter dem Treiben dieser Banden leidenden Oberschlesiener immer nur Deutsche sind, darf wohl mit Recht erfolgen, daß es sich um keine bloßen Vorfälle gegen die Deutschen. Wenn in einer Sicht von Sicherstellen die Betroffenen wenige Tage vorher ein Attentat auf ihr Reichsdeutsch erhielten, die aber abgeblendet, wird der Hinterhalt noch verständlicher. Es zeigt sich hier eine systematische Kette polnischer Banden zur Bereitstellung der Deutschen, die durch brutale Gewalt zur Bereitwilligkeit zum Verlust von Haus und Hof getrieben werden sollen. Alle die zahlreichen Blätter der letzten zehn Tage aufzuzählen, ist im Rahmen einer Tageszeitung einfach nicht möglich. Es soll hier aber eine einzige bestimmte Gemeinde herausgegriffen werden, das oberösterreichische Antonienhütte. Die Vorgänge in diesem Ort sind typisch für die Lage in ganz Ost-Oberschlesien. In aller Kürze sei hier eine knappe allgemeine Darstellung der blutigen Bandenkämpfe in Antonienhütte beigegeben:

28. April: Sprengkörper bei einem deutschen Kaufmann zur Explosion gebracht. Großer Materialschaden, Laden ausgeraubt.
29. April: Eine ganze Compagnie Banditen von rund 100 Mann raubt drei deutsche Geschäfte in der Hüttenstraße aus. Zwei Geschäfte wurden außerdem durch Handgranaten zerstört. Verhaftungen konnten nicht vorgenommen werden, da die Wache trotz Verstärkung durch 22 Abo-Beamte zu schwach war, um den gut bewaffneten Polen entgegenzutreten.
30. April: Der Sohn eines deutschen Kaufmanns überfallen, mit Gewehrholzen mishandelt. Sechs Banditen drangen in die Wohnung ein und raubten sie aus.
1. Mai: Ausraubung von zwei deutschen Kaufmannswohnungen, während acht Banditen die Umgebung des Hauses bewachten.
2. Mai: Die Haustür eines deutschen Kaufmanns demoliert. Eine Handgranate in die Wohnung eines deutschen Bäckermeisters geworfen. Ausraubung der Wohnung. Handgranaten in den Laden eines deutscher Papierwarenhändlers.
4. Mai: Ermordung eines englischen Offiziers.
5. Mai: Ermordung des Oberleutnants Lipinski von der Abo.
6. Mai: Ermordung von zwei Gemeindebeamten.
7. Mai: Ausraubung der Wohnung eines deutschen Fleißermeisters. Ausraubung eines deutschen Kaufmannes.
8. Mai: Mehrere Sivillisten auf der Straße überfallen und ausgeraubt.
9. Mai: Ermordung einer Stoffperson.

Wer will sich bei solchen Vorgängen wundern, wenn der systematische Kampf der Polen auf Vertreibung der Deutschen Erfolg hat? Wer es nur irgendwie möglich machen kann, verläßt Ost-Oberschlesien. Wer eine 5-Zimmer-Wohnung hat, ist froh, wenn er dafür auf deutsch besiedeltes Gebiet fliehen kann. Es

Die Autonomie der Reichsbank im Hauplausatz.

Dreditmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 15. Mai. Am Hauptausschuß des Reichstages wurde heute der Gesetzentwurf über die Autonomie der Reichsbank verabschiedet. Paragraph 26 erhielt folgende Fassung: "Die Leitung der Reichsbank steht ausdrücklich dem Reichsbankdirektorium nach Wahlgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes zu." In der Vorlage wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Beamten der Reichsbank alle Rechte und Pflichten der Reichsbankbeamten haben. Wie Reichsbankpräsident Havenstein ausführte, ist dies mit der Autonomie der Reichsbank durchaus vereinbar. Der Ausschluß beschloß zur Gewinnung eines kaufmännisch-geschulten Nachwuchses für die Beamten der Reichsbank allen Beteiligten im ganzen größten Entgegenkommen in Bezug auf die Verbesserung der Bezahlung zu empfehlen.

Dann wurde der Gesetzentwurf über die Verwendung der Wartegeldempfänger beraten. Es wurde empfohlen, daß die Wartegeldempfänger bei Verlust des Wartegeldes zur Annahme jedes planmäßigen Amtes wie jeder mindestens zweijährigen Beschäftigung im Reichsdienst verpflichtet sein sollen. Sollten ihnen die auszuübenden Tätigkeiten unter Berücksichtigung ihrer Möglichkeiten und bisherigen Verhältnisse billigerweise zugemutet werden kann.

Die Bezahlung der Staatsarbeiter und Angestellten.

Dreditmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 15. Mai. Im Reichsfinanzministerium haben heute vormittag die Verhandlungen über eine Erhöhung der Löhne für die Angehörigen und Arbeiter begonnen, die, wie man hofft, noch im Laufe des heutigen Tages zu Ende geführt werden.

